

Heimspiel für Bibi Netanyahu vor US-Kongress



Bibi Netanyahu wurde Dienstag Morgen 11 Uhr Ostküstenzeit von beiden Kongresskammern frenetisch und parteiübergreifend mit stehendem Applaus in Anwesenheit von Vizepräsident Biden begrüßt. Dies ist natürlich zunächst mehr dem Amt als der Person geschuldet.

(Von Stefan B.)

Man kann zur Person Netanyahu und seiner Amtsführung als Premierminister Israels stehen wie man will, jedoch wäre es wünschenswert, wenn ein ähnlicher Auftritt auch in Deutschland möglich wäre, sich die Volksvertretung erhebt und einem Staatsmann Respekt erweist, der einem winzigen, von Feinden umzingelten und dennoch erfolgreichen Land als Ministerpräsident vorsteht, einem Land das ein Leuchtfener der Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit ist, umgeben von undemokratischen Feinden, die wenn sie nicht gerade gegen Israel wettern, gerne mal ihre eigenen Völker unterdrücken und Regierungstruppen auf die eigenen Leute schießen lassen. In diesem Land jedoch muss sich Präsident Shimon Peres im

Bundestag bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust im Februar 2010 von AntizionistInnen der [israelhassenden Linkspartei](#) mit Disrespekt begegnen lassen.

Zurück zu Netanyahu in Washington. Wie zu erwarten ging er nach den Dankesworten zu Beginn auf die Erfolgsgeschichte Israels und der besonderen Verbindung der USA zu Israel ein.

„My friends, you don't need to do nation building in Israel. We're already built. You don't need to export democracy to Israel. We've already got it. You don't need to send American troops to defend Israel. We defend ourselves. You've been very generous in giving us tools to do the job of defending Israel on our own. Thank you all, and thank you President Obama, for your steadfast commitment to Israel's security. I know economic times are tough. I deeply appreciate this.“

Anschließend äußerte er sich zu den Umbrüchen in der Arabischen Welt, zur Demokratiebewegung dort und zog explizit einen Vergleich zu Prag und Berlin, als er von einer Störerin unterbrochen wurde mit den Worten [„Stop Israeli War Crimes“](#), woraufhin Netanyahu in der einzig angemessenen Reaktion hierauf die Vorzüge der Freien Gesellschaft in den USA und Israel, die Wahre Demokratie lobte und es als Ehre bezeichnete, in seiner Rede gestört zu werden. Begeisterter Applaus auch in Deutschland vor dem Fernseher.

Erneut fasst er prägnant und schlüssig zusammen, als er seine Äußerungen zum Arabischen Frühling beendet und in bemerkenswert darauf hinweist, dass Israels eine Millionen Araber eben jene Rechte als Staatsbürger in einem freien Land besitzen, die ihre Brüder in den Nachbarländern nicht haben:

„Israel is not what is wrong about the Middle East. Israel is what is right about the Middle East.“

Daraufhin ging er in einem längeren Redeblock auf die Gefahr

durch den Iran ein, hier gab es im Ergebnis nichts neues zu hören, hat sich doch auch an der Gefahrenlage nichts geändert, ja ist diese doch eher verstärkt worden durch das Scheitern der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft, Ahmadinedschad und seiner Mischpoke auf die Finger zu klopfen. Bewegend machte er auf die Gefahr für das jüdische Volk aufmerksam und bemerkte wie er selbst fast von Terroristen getötet worden wäre und erinnerte an seinen Bruder Yoni, den Helden von Entebbe, der bei der Befreiung der jüdischen Geiseln des PFLP (Popular Front For The Liberation of Palestine) Kommandos (die von zwei Deutschen „Antifaschisten“ unterstützt wurden, die vor der Rettungsaktion des israelischen Militärs unter Leitung Oberstleutnant Netanyahu am Flughafen Entebbe die jüdischen Geiseln selektierten) in Uganda getötet wurde.

Sodann ging er nach einem kurzen Abriss im Hinblick auf die Friedensschlüsse mit Jordanien und Ägypten auf das Kernthema der Rede ein, und kündigte an, sein Volk zum Frieden mit den Palästinensern zu führen. Vollkommen richtig rief er aus, dass in Judäa und Samaria (in der Westbank) die Juden keine Besatzungsmacht sind, Israelis keine Briten in Indien und keine Belgier im Kongo sind. Stehender Applaus.

Anschließend forderte er PA-Präsident Abbas auf, sich wie er es bereits (2009 in der Bar Ilan Universität) getan hat vor sein Volk zu stellen und es dazu aufzurufen, einen jüdischen Staat an Seite des neuen Staates Palästina zu akzeptieren.

Zusammenfasst erklärte er daraufhin:

– Der Status der Siedlungen wird in Verhandlungen geklärt werden. Es werden größere Siedlungsblöcke innerhalb des palästinensischen Staatsgebiets bestehen bleiben, jedoch wird sich Israel sehr großzügig zeigen, allerdings ohne dass damit ein Zurückkehren zu den Grenzen vom 04.06.1967 zu erwarten ist.

– Ebenso wie jeder Jude weltweit das Recht hat, israelischer

Staatsbürger zu werden, soll jeder Exil-Palästinenser das Recht bekommen, Staatsbürger des neuen Staates zu werden.

– Es wird keine Teilung Jerusalems geben da nur das demokratische Israel den Angehörigen der verschiedenen Religionsgruppen die freie Ausübung ihres Glaubens ermöglicht hat.

Nach dem Hinweis, dass dies (Jerusalem) für die Palästinenser schwierig werden wird, wischte er sogleich all jene Gutmenschen-Ansichten von seinem Pult um zutreffend zu skizzieren:

„So peace must be anchored in security. In recent years, Israel withdrew from South Lebanon and Gaza. But we didn't get peace. Instead, we got 12,000 thousand rockets fired from those areas on our cities, on our children, by Hezbollah and Hamas. The UN peacekeepers in Lebanon failed to prevent the smuggling of this weaponry. The European observers in Gaza evaporated overnight. So if Israel simply walked out of the territories, the flow of weapons into a future Palestinian state would be unchecked. Missiles fired from it could reach virtually every home in Israel in less than a minute. I want you to think about that too. Imagine that right now we all had less than 60 seconds to find shelter from an incoming rocket. Would you live that way? Would anyone live that way? Well, we aren't going to live that way either.“

Diese klare und überzeugende Argumentation übertrumpfte er dann mit dem Aufruf an Präsident Abbas, den Pakt mit der palästinänsischen Version der Al Quaida Hamas zu brechen („Tear up your pact with Hamas!“), sich mit Israel zusammenzusetzen, zu verhandeln und als Ergebnis nach der Staatsgründung unverzüglich von Israel anerkannt zu werden.

Netanyahu hielt eine bemerkenswerte Rede. Es bleibt zu hoffen, dass Obama von seinem Irrglauben abrückt, Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzwingen zu können und Präsident Abbas

und (der hoffentlich bald von seinem Herzinfarkt genesene Premierminister) Fayyad stark und gewillt sein werden, jetzt auf Israel zuzugehen und die Hamas im Mülleimer der Geschichte verschwinden zu lassen.

Begeistert von den tollen Bildern aus Amerika und dem wundervollen Empfang für Premierminister Netanyahu kommt Ernüchterung auf, wenn man sich die Zustände in Deutschland vor Augen hält:

Die Bundeskanzlerin tönte 2008 in ihrer Rede vor der Knesset, die Sicherheit Israels sei unverhandelbar und zum Beweis dieser Aussage wird dann zu einem späteren Zeitpunkt im Sicherheitsrat für eine judenreine Westbank, d.h. gegen die (=alle) Siedlungen gestimmt. Jeder, der bereits in Judäa und Samaria war und die Siedlungen besucht hat, weiss, dass diese einen überlebensnotwendigen Sicherheitsgürtel bilden, den Sicherheitsgarantien von USA/EUdSSR nicht bieten können. Im übrigen sind die Siedlungen auch kein Hindernis für ein erhebliches Wirtschaftswachstum der PA von 8 % gewesen, die eben auch dank israelischer Sicherheitspräsenz und Unterstützung prosperiert. Es stellt sich also die Frage, ob Frau Merkel über größeren Humor verfügt als man ihr allgemein zutraut. Im Ergebnis ist leider festzustellen, dass Merkels Knesset-Auftritt Makulator ist, denn sollte die Sicherheit der einzigen Demokratie des Nahen Ostens tatsächlich „unverhandelbar“ sein dann würde Deutschland nicht für eine Resolution stimmen, deren einziges Ziel es ist, das gesamte Post-1967 Gebiet im Westjordanland von diesen unverschämten Juden zu reinigen. Würde Israel irgend etwas auf die Aussage der Frau Bundeskanzlerin geben so hätte man aus zwei Jahrtausend Jahren Geschichte nichts gelernt.

Wenn nun Obama die Einhaltung der Grenzen von 1967 fordert, mithin die Grenzen vom 04.06.1967 so ist dies im weniger schlimmen Fall naiv. Die Erfahrung zeigt, was israelische Zugeständnisse wert sind, wie die Folgen aussehen. Als sich Israel aus dem Südlibanon zurückgezogen hat, war der Dank die

sofortige Überschwemmung des Südlibanon mit Hisbollah-Kämpfern die von dort die nördlichen Städte Israels angriffen und u.a. Armeeposten angriffen, wobei Eldad Regev und Ehud Goldwasser getötet wurden. Der Rückzug aus Gaza ging mit der unverzüglichen Aufrüstung der Hamas im Gaza Streifen einher, und die Bürger von Ashkelon, Ashdod und insbesondere Sderot haben seitdem unter dem Raketenhagel zu leiden, der in der linksgerichteten europäischen Presse gerne als Feuerwerksähnliche Scharmützel dargestellt wird (diese Juden sollen sich nicht so anstellen, warum betreiben sie auch ein KZ in Gaza?). Die unschuldigen Zivilisten in diesen Städten jedoch, vielfach traumatisiert, leben mit dem regelmäßigen Gang in den nächsten Bombenkeller, und jedes Kind wächst auf mit der dauerhaften Angst vor den Raketen aus Hamastan.

Die Konsequenz des Zurückgehens zur Grenze vom 04.06.1967 wäre, dass nach der letztendlich unvermeidlichen Übernahme der Westbank durch die Hamas nicht mehr „nur“ kleine Wüstenstädte wie eben Ashkelon, Ashdod oder Sderot angegriffen werden könnten um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren, nein, im Ergebnis kann man sich dann gemütlich den Ben Gurion Flughafen und die Vorstädte von Tel Aviv vornehmen. Im Ergebnis kann man Israels Wirtschaft irreperabel schädigen (Siehe [hier](#)).

Jedoch überwiegt nach Bibis Rede die Zuversicht. Jetzt muss die PA, müssen Abbas und Fayyad entscheiden, welchen Weg sie gehen werden: Frieden mit Israel mit einem eigenen Land mit schmerzhaften Zugeständnissen für beide Seiten. Oder den Weg des Krieges, des Dschihad, des Paktes mit Hamas, die nächste Intifada heraufbeschwörend.

Um den Mann des Tages zu zitieren:

„I believe we can fashion a brilliant future of peace for our children.“

Seit heute bin ich überzeugt, dass Bibi der Richtige Mann für die bevorstehenden Aufgaben ist.

Hier seine vollständige Rede im Video:



Lüge Syriens zum Atomprogramm widerlegt



Einen weiteren Volltreffer des israelischen Militärs wird man jetzt anerkennen müssen. Das vor vier Jahren zerstörte Ziel in Syrien war ein heimlich gebauter Atomreaktor. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) veröffentlichte dazu heute einen Untersuchungsbericht.

Der [„Focus“](#) schreibt:

Der internationale Druck auf Syrien wächst: Nun stellen die Atomwächter von der IAEA Damaskus im jahrelangen Atomstreit an den Pranger. Das öffnet auch den Weg für weitere Sanktionen gegen das Assad-Regime.

Syrien hat nach Einschätzung der Internationalen

Atomenergiebehörde (IAEO) mit großer Wahrscheinlichkeit an einem geheimen Atomwaffenprogramm gearbeitet. In ihrem am Dienstag an die Mitgliedstaaten verteilten Bericht zu Syrien schließen die Atomwächter erstmals aus all den ihnen vorliegenden Informationen, dass eine 2007 von Israel zerstörte Anlage in Al Kibar (Dair Alzour) mit großer Wahrscheinlichkeit ein fast fertiger geheimer Atomreaktor war.

Damit bereiten die Atomwächter in Wien den Grund für mögliche weitere Schritte der internationalen Gemeinschaft gegen das Regime in Damaskus. Entscheidet sich der IAEA-Gouverneursrat in seiner Sitzung Anfang Juni, den Fall Syrien per Resolution an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) zu verweisen, könnten weitere Sanktionen drohen. Die Europäische Union hatte erst am Montag Sanktionen gegen die Machthaber in Syrien wegen der Unterdrückung der jüngsten Proteste verhängt. Die Schweiz fror am Dienstag die Konten von Präsident Baschar el Assad ein.

Uranspuren im Jahr 2007 gefunden

Der Streit um ein geheimes Atomwaffenprogramm läuft schon lange: Unter anderem die USA sind sich seit langem sicher, dass Syrien in Al Kibar an einer Anlage zur Produktion von Material für Atomwaffen baute. Doch Israel zerstörte die Anlage 2007, bevor die IAEA die Vorwürfe klären konnte. Atominspektoren fanden aber bei einer anschließenden Kontrolle des Geländes Spuren von Uran, die nicht natürlichen Ursprungs sein konnten.

Die Regierung in Damaskus bestreitet alle Vorwürfe, arbeitete aber auch mit der IAEA seit Jahren nicht ausreichend zusammen. Die IAEA habe alle Möglichkeiten ausgereizt, Syrien zur Zusammenarbeit zu bewegen und habe sich deshalb zu diesem Urteil im Bericht entschlossen, hieß es aus diplomatischen Kreisen in Wien. Westliche Staaten hatten die unabhängige Behörde seit Monaten zu einer härteren Haltung und einer

abschließenden Bewertung aufgefordert.

„Ungeachtet der Verlustes wichtiger Informationen, unter Berücksichtigung der ursprünglichen Vorwürfen und der syrischen Reaktion dazu, sowie aller der IAEA vorliegenden Informationen kommt die Behörde zu dem Schluss, dass das zerstörte Gebäude sehr wahrscheinlich ein Atomreaktor war (...)“, heißt es nun in dem IAEA-Bericht. Dieser hätte den Atomwächtern gemeldet werden müssen. Der IAEA liegen zudem Beweise vor, nach denen die Anlage fast baugleich mit einer Anlage zur Brennstoffproduktion für Atomwaffen in Nordkorea war, heißt es aus diplomatischen Kreisen in Wien.

*Menschenrechtler gehen von mehr als tausend Toten aus
Seit Beginn der regierungskritischen Proteste in Syrien Mitte März sind nach Angaben von Menschenrechtlern bereits mehr als tausend Menschen ums Leben gekommen. „Wir haben eine Liste mit den Namen von 1062 getöteten Personen mit Hinweisen zu den Orten, an denen sie starben“, sagte der Leiter der Nationalen Organisation für Menschenrechte, Ammar Kurabi. Die Opfer seien durch Schüsse getötet worden. Daneben seien bei den Demonstrationen gegen Assad zehntausend Menschen festgenommen worden.*

Assad erklärte unterdessen gegenüber seinem Verbündeten Russland, er werde weiterhin gegen „radikale“ Gruppen in seinem Land vorgehen. Zwar habe Assad betont, seine Regierung tue alles für eine freie Meinungsäußerung der syrischen Bevölkerung, er werde aber nicht die Aktionen „radikaler und fundamentaler Gruppen“ dulden, teilte das Büro des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew mit. Medwedew habe Assad aufgefordert, politische Reformen einzuleiten sowie in einen Dialog mit der Bevölkerung zu treten.

Auch in diesem Fall bestätigt sich, dass Israels Militär absolut richtig lag. Der Iran sollte sich dies genau angesehen haben...

Kieler Polizei stellt kiloweise Sprengstoff sicher



In der Hauptstadt Schleswig-Holsteins hat die Polizei durch Zufall ein regelrechtes Sprengstoff-Lager ausheben können. Von dem 36-jährigen flüchtigen Täter wird bisher nichts veröffentlicht. „Ein politischer Hintergrund wird aber nach ersten Einschätzungen ausgeschlossen“, so das LKA.

(Von Michael Böthel)

Der [„Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag“](#) berichtet:

Chemikalien, Bombenbauteile und mehrere Kilogramm Sprengstoff hat die Polizei in einer Wohnung im Kieler Stadtteil Hassee sichergestellt. Vom 36-Jährigen Besitzer fehlt bislang jede Spur.

Durch Zufall ist die Polizei einem mutmaßlichen Bombenbauer in Kiel auf die Schliche gekommen. Bei einem Routineeinsatz des Rettungsdienstes in einer Wohnung im Stadtteil Hassee bemerkten Sanitäter am Montagabend auffällige Substanzen und riefen die Polizei. „Die Beamten fanden mehrere Kilogramm vermutlich bereits fertigen Sprengstoff und Bombenbauteile“, sagte ein Sprecher des Landeskriminalamtes (LKA) am frühen Dienstagmorgen in Kiel. Von dem 36 Jahre alten Besitzer fehlte zunächst jede Spur. Eine Suche blieb zunächst

erfolglos.

Was der Mann mit dem Sprengstoff vorhatte, blieb am Morgen unklar. Ein politischer Hintergrund wird aber nach ersten Einschätzungen ausgeschlossen. Der Mann sei der Polizei bislang noch nicht wegen ähnlicher Sprengstoffdelikte aufgefallen, sagte der LKA-Sprecher.

Beamte des LKA haben die Ermittlungen gegen den mutmaßlichen Bombenbastler wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz aufgenommen.

Dreistündige Evakuierung der Nachbarhäuser mitten in der Nacht

Ein 55 Jahre alter Mann, bei dem der 36-Jährigen vorübergehend wohnte, hatte am Abend den Rettungsdienst wegen Gesundheitsproblemen verständigt. Dabei fielen den Helfern mehrere Eimer und Kanister mit flüssigen und kristallinen Stoffen auf. Experten des Kampfmittelräumdienstes stellten neben dem mutmaßlichen Sprengstoff auch etwa 60 Liter Chemikalien sicher, die zur Herstellung von Sprengstoff verwendet werden können.

Während des Einsatzes in dem Mehrfamilienhaus in der Dithmarscher Straße wurden insgesamt zwölf Wohngebäude evakuiert und mehrere Straßen abgesperrt. Etwa 50 Menschen kamen vorübergehend in einem bereitgestellten Bus unter. Nach rund drei Stunden konnten die Anwohner frühen Morgen gegen 1.30 Uhr in ihre Wohnungen zurückkehren.

Eine Bombenwerkstatt mit kiloschwerem Sprengstoff und einem flüchtigen, „unpolitischen“ Täter. Die weiteren Ermittlungsergebnisse werden sicher interessant.

Kinderfest mit türkischer, nicht deutscher Hymne



So weit sind wir schon, dass in Deutschland ein „internationales“ Kinderfest begangen wird, bei dem die türkische, aber nicht die deutsche Nationalhymne gesungen wird. Schulleiter Gerhard Hagensieker verzichtete darauf, da „das Singen der Nationalhymne in Deutschland nicht den gleichen Stellenwert besitzt und wir sie im Zusammenhang mit einem Kinderfest nicht passend fanden“. Aber Gott sei Dank wurde als Ausgleich für die unpassende deutsche die türkische Nationalhymne gesungen.

Die „Osnabrücker Zeitung“ [berichtet](#):

. Bei strahlendem Frühlingswetter fand in Buer zum achten Mal das „Internationale Kinderfest“ statt. Das bunte Programm der Veranstaltung, die ur-sprünglich aus der Türkei kommt, bildeten Darbietungen und Aktionen aus verschiedenen Kulturen, die von den Schülerinnen und Schülern mehrsprachig präsentiert wurden.

„Gemeinsam zu feiern und einen besonderen Tag zu erleben, das ist das Zeichen der Integration, das wir mit diesem Fest setzen wollen“, sagte Mehmet Azattemür vom Türkischen Elternverein Buer, Westerhausen, Oldendorf und Umgebung, der die Veranstaltung organisiert hatte.

Konkret zeigte sich der internationale Gedanke beispielsweise in der Aufführung türkischer Tänze, zweisprachiger Gedichtvorträge, einer Tanz- und Gesangsdarbietung der AG Russisch und im Verkauf von Schnitzkunst aus Kenia, deren Erlös zwei dort ansässigen Partnerschulen zugutekam.

Auch die Verpflegung war interkulturell ausgelegt: So durfte neben einem Ausschank von türkischem Tee natürlich auch ein Dönerstand nicht fehlen.

Die Tradition des Kinder-festes stammt aus der Tür-kei. Nach der Staatsgrün-dung im Jahr 1920 wurde ein Feiertag für die Kinder als der Vertreter der Zukunft eingeführt. Seit 1979 trägt der Tag, der üblicherweise am 23. April gefeiert wird, auch den Namen „Internationales Kinderfest“ und wird von der UNESCO unterstützt.

(...)

Aus der Entstehung im Zuge der Bildung des türkischen Staates erklärt sich auch die für ein Kinderfest etwas befremdliche Nationalsymbolik. Dass zu Beginn der Veranstaltung die türkische Nationalhymne gesungen und ein patriotischer Text über den geschichtlichen Hintergrund verlesen wird, wurde auch in Buer übernommen.

„Da das Singen der Natio-nalhymne in Deutschland aber nicht den gleichen Stellenwert besitzt und wir sie im Zusammenhang mit einem Kinderfest nicht passend fanden, haben wir auf die deutsche Hymne verzichtet, auch wenn der türkische Elternverein dafür gewesen wäre“, erläuterte Schulleiter Gerhard Hagensieker die interkulturelle Kompromissfindung.

Zu den Ausrichtern des Festes gehörten auch der Arbeitskreis „Buer integrativ“ und der Jugendwagon, für den Annegret Tepe die Organisation leitete, sowie die Schulen mit ihren Fördervereinen.

Daneben waren aber auch beide Bueraner Moscheen sowie Kirchen, Sportvereine, der Kinderchor, das DRK Melle und die

Landfrauen am Gelingen des bunten Nachmittags beteiligt.

Was die „Integration“ fördert, wenn man alle deutschen Symbole weglässt, wissen wir nicht. Leider auch nicht, was „interkulturell“ ist, wenn man sich nur auf das Türkische beschränkt...

(Spürnase: Daniel)



Blutrünstiger WELT-Felix-Müller über Kreuzzüge

☒ Wenn ihnen gerade nichts anderes einfällt, bringen unsere Dhimmi-gesprenkelten Muselmann-Blätter immer wieder denselben aufgekochten Brei über die bösen Kreuzzüge mit demselben Tenor: schlimme, mordgierige Christen aus dem Abendland haben friedliche, betende Moslems im Morgenland heimtückisch überfallen und sie erschlagen. Darum ist es nur normal, daß der Islam heute terroristisch ist. Wir sind selber schuld.

Immerhin waren Juden und Christen aber schon im Heiligen Land, als es den Islam noch gar nicht gab. Wie kamen also die Muselmänner nach Jerusalem? Oder nach Bagdad? Oder nach Indien? Oder nach Granada? Oder nach Konstantinopel und bis vor Wien? Als friedliche Entwicklungshelfer der EU? Oder als eine Art UNO-Friedenstruppe? Das steht komischerweise nie in der Zeitung! [Hier der letzte derartige Erguß](#) eines blutrünstigen Lohnschreibers namens Felix Müller in der WELT!

Nun bin ich klugerweise viel zu faul, um den Müller-Mist zu

zerpflücken, habe mir aber im Laufe der Zeit [ein klitzekleines Archiv über die](#) Kreuzzüge angelegt mit Artikeln renommierter Wissenschaftler wie Egon Flaig, Siegfried Kohlhammer und Hans-Peter Raddatz, welche die verlogene Politik mit der Kreuzzugs-Keule auch durchschaut haben. Man muß sie nur lesen, und wenn einer mit den Kreuzzügen anfängt, ist man gewappnet! Außerdem enthält die Seite Artikel aus mittelalterlichen Texten zum Thema aus [der Homepage von Manfred Hiebl](#), die ich jedem Geschichtsinteressierten nur wärmstens empfehlen kann! Er hat eine Menge alter Literatur übersetzt. Feststeht, daß das Wort „Kreuzzug“ den Arabern anno dunnemals gar nicht bekannt war. Da sie selber dauernd Eroberungskriege und Raubzüge durchführten, fiel ihnen nichts Abnormales auf!



„Der letzte Tango des Kapitalismus“



Zürichs

Linksradikale sind beleidigt: Sie durften am 1. Mai nicht so wüten, wie sie es sich gewünscht hätten. Aus Rache hören sie jetzt mit ihren „Aktionen“ gar nicht mehr auf. In den letzten elf Tagen verübten sie in der Stadt Zürich mindestens acht Farb- und Brandanschläge und prahlen [stolz im Internet](#) über

ihre mächtigsten Heldentaten gegen „[Bankster + Bullen](#)“.

Als Motiv nennen die Täter: „Nicht aus Frust – sondern mit Lust und Liebe, und zu unserem (und hoffentlich auch zu eurem) größten Vergnügen im Wissen, dass das System – lokal und global – jetzt seinen letzten Tango tanzt, bevor es mit seinen Günstlingen und Profiteuren zur Hölle fährt.“

Der Tagesanzeiger [berichtet](#):

Marco Cortesi, Sprecher der Stadtpolizei, erklärt, dass es rund um politische Ereignisse, wie dem WEF oder dem 1. Mai immer wieder zu Farb- oder Brandanschlägen komme. Aber: „Es ist neu, dass sie über längere Zeit andauern.“ Besonders die Containerbrände seien keine Sachbeschädigungen, sondern Delikte, die gefährlich enden können.

Nur wenige Täter werden sofort gefasst. Drei 17-Jährige, die Mitte Mai einen Einsatzwagen im Kreis 10 verschmierten, gingen der Polizei noch in derselben Nacht ins Netz. Nach den Urhebern der anderen Vorfälle wird noch gefahndet. „Wir sichern immer Spuren, es kann aber sein, dass wir diese erst Jahre später einem Täter zuordnen können. Manchmal auch gar nicht“, erklärt Cortesi.

Dass von der Anschlagsserie bisher kaum etwas berichtet wurde, hat einen Grund. Die Polizei hält sich laut Cortesi mit Meldungen über politisch motivierte Anschläge zurück. „Die Urheber wollen mediale Aufmerksamkeit, dem wollen wir keine Plattform bieten.“

Wären die Urheber Rechtsradikale, wäre diese Zurückhaltung wohl weit weniger groß.



Netanyahu in den USA



Die mit Spannung erwartete Rede des israelischen Premierministers Netanyahu vor dem Amerikanisch-Israelischen Ausschuss AIPAC verblüfft uns Westeuropäer. Wie klug, klar und ohne verbales Geschwurbel kann ein Politiker sprechen, wenn er nicht den Zwang verspürt, die Menschen ständig belügen zu müssen. Denken Sie daran, wenn Sie demnächst wieder einmal Merkel, Gabriel oder Schlimmere hören. Das mag auch erklären, warum seitens des Qualitätsjournalismus in Deutschland wenig Interesse besteht, den israelischen Regierungschef einmal im Originalton zu Wort kommen zu lassen und man es vorzieht, das finstere Bild eines rachsüchtigen, jüdischen Rechtspopulisten zu zeichnen.

Auch Präsident Obama hatte der einfachen Wahrheit Netanyahus nichts entgegen zu setzen. Nachdem er im Vorfeld in einer Skandalrede vom Rückzug Israels hinter die nicht zu verteidigenden Grenzen von 1967 gefaselt hatte, rudert der

größte Schwätzer der Welt jetzt zurück: Er sei missverstanden worden. [Haloam berichtet](#):

US-Präsident Barack Obama hat seine Forderung nach einem arabischen Staat in Judäa und Samaria in den Grenzen von 1967 am Sonntag korrigiert und betont, er sei falsch wiedergegeben worden. Bei der Festlegung der Grenzen müssten Gebiete zwischen Israelis und arabischer Autonomiebehörde (PA) im gegenseitigen Einvernehmen ausgetauscht werden, so Obama in einer Rede vor dem „Amerikanisch-israelischen Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten“ (AIPAC) in Washington.

Vor mehr als 10.000 Anwesenden wies Obama darauf hin, dass seine Position zu den Grenzen von 1967 „mehrmals missinterpretiert“ worden sei. „Per Definition bedeutet es, dass die Parteien selbst – Israelis und Palästinenser – eine Grenze aushandeln werden, die anders ist als die, die am 4. Juni 1967 existierte. Das bedeutet Gebietsaustausch im gegenseitigen Einverständnis. Es ist eine gut bekannte Formel für all diejenigen, die seit einer Generation an der Angelegenheit arbeiten. Sie erlaubt den Parteien, selbst auf die Veränderungen einzugehen, die in den vergangenen 44 Jahren stattgefunden haben.“

Der US-Präsident betonte weiter, Israel müsse sich selbst verteidigen können und übernahm die Positionen der israelischen Regierung, daß ein PA-Staat sollte entmilitarisiert sein wird und keinem Militärbündnis angehören wird. Einen großen Schwerpunkt legte Obama auf den Einsatz der USA für die Sicherheit des jüdischen Staates. Dies sei eine „eiserne“ Verpflichtung. „Ein starkes und sicheres Israel gehört zu den nationalen Sicherheitsinteressen der USA, nicht nur, weil wir gemeinsame strategische Interessen teilen, sondern auch, weil wir beide nach einer Region streben, wo Familien und Kinder ohne die Bedrohung durch Gewalt leben können.“

Weiter führte Obama vor den AIPAC-Delegierten aus: „Ich habe

es aus erster Hand gesehen. Als ich die Klagemauer berührt und mein Gebet zwischen ihren altertümlichen Steinen platziert habe, habe ich an die Jahrhunderte gedacht, in denen die Kinder Israels Sehnsucht nach einer Rückkehr in ihre historische Heimat hatten. Als ich in Sderot war und den täglichen Kampf ums Überleben in den Augen eines achtjährigen Jungen gesehen habe, der sein Bein durch eine Hamas-Rakete verloren hat, und als ich durch die Halle der Namen in Yad Vashem ging, wurde ich an die existenziellen Ängste Israel erinnert, während ein moderner Diktator nach Nuklearwaffen strebt und damit droht, Israel von der Landkarte auszulöschen – vom Angesicht der Erde.“ Seine Regierung habe die Herausforderungen Israels verstanden und der Sicherheit Israels Priorität gegeben. Daher habe sie auch trotz der angespannten Finanzlage die Militärhilfe für Israel auf Rekordhöhe aufgestockt.

Wie man sieht, kann Diplomatie durchaus erfolgreich sein, wenn sie , wie von Netanyahu, mit Intelligenz und Wahrhaftigkeit betrieben wird.



**Religionskundeflehrer als
geprügelter „Hund“**



Vier Muslime haben sich letzten Sommer darüber empört, dass ein „ungläubiger“ Religionskundelehrer an einer Londoner Schule muslimischen Mädchen [etwas über ihren Glauben erzählt](#) hat ([PI berichtete](#)). Gemäß eigenen Aussagen wollten sie den „[Hund schlagen, niederstrecken und töten](#)„. Das ist ihnen auch fast gelungen. Sie schlugen dem jungen Lehrer Gary Smith (Foto – vor dem Angriff) den Schädel ein, was zu einer Gehirnblutung führte.

So nebenbei brachen brachen sie ihm noch den Kiefer. Nebst äußeren Narben trug das Opfer einen Gedächtnisverlust und den Verlust des Geruchssinns davon. Kein Grund für die Täter zur Reue. Wer etwas über den Islam erzähle, ohne selbst Muslim zu sein, mache sich über Allah lustig und säe Zweifel am Islam, begründen die Prügler ihre Tat vor Gericht. Die Verteidigung plädiert darum auch auf mildernde Umstände, weil durch die Tatsache, dass an der Schule allgemeine Religionskunde gelehrt werde, streng gläubige Muslime beleidigt würden. Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Mit Mauern gegen Roma



Die WELT [berichtet](#) (natürlich mit jetzt deaktivierter Kommentarfunktion) empört darüber, dass die Menschen in der Slowakei sich nicht einfach beklauen lassen und jetzt eine Mauer gegen die gefühlte Kriminalität einer Roma-Siedlung errichten. Die Kommentare waren wohl nicht so, wie die abgehobenen Pädagogen es gern hätten. Praktisch jeder hat Verständnis. Bei so wenig Toleranz für andere Kulturen ist die Schließung des Kommentarbereichs konsequente Folge.

Es bleibt das Geheimnis der WELT, was Eigenschutz mit Rassismus zu tun hat:

In Vrutky wächst der Rassismus gegen die Roma-Minderheit. Eine zwei Meter hohe Betonmauer soll deren Siedlung nun von den anderen Anwohnern abtrennen.

Die Stadt Vrutky im Norden der Slowakei will eine zwei Meter hohe Betonmauer bauen, um eine Siedlung der Roma-Minderheit von der Mehrheitsbevölkerung abzutrennen. Bürgermeister Miroslav Mazur begründete das Vorhaben im TV-Nachrichtensender TA3 mit den Beschwerden von Anwohnern, die sich seit fünf Jahren immer stärker von den Roma belästigt und bedroht fühlten.

Die Polizei sei mit der „Problemsiedlung“ überfordert und selbst schon zum Ziel tätlicher Angriffe geworden.

(...)

In der Slowakei lebt nach Schätzungen nahezu eine halbe Million Roma. Das 5,4 Millionen Einwohner zählende Land hat damit gemeinsam mit Rumänien den höchsten Roma-Anteil. Nahezu

die Hälfte der Roma wohnt in ärmlichen Hüttensiedlungen. Die Bewohner haben meist keine Aussicht auf eine geregelte Arbeit. Sie leben fast ausschließlich von staatlichen Sozialleistungen, aber auch von Kleinkriminalität.

Bemühungen um eine dauerhafte Integration erfolgten bisher nur zaghaft und ohne großen Erfolg. In der Mehrheitsbevölkerung hingegen wächst der Rassismus.

Warum das Wort „Problemsiedlung“ in Gänsefüßchen steht, bleibt ebenfalls Geheimnis der WELT. Und offenbar füttert die Slowakei schon eine halbe Million Roma durch, aber mit dem Zauberwort „Integration“ ließe sich deren Zahl sicher vermindern...

Ein Kommentator bringt es auf den Punkt:

*vor 17 Stunden Antwort auf Ungar
achso, alles klar, die Kultur verbietet es, sich an die geltenden Gesetze zu halten. Natürlich haben wir in Deutschland sogar größtes Verständnis dafür – sieht man an Richtern und Politikern jeden Tag. Wie groß das Verständnis des ehrlichen Steuerzahlers für kulturbedingte Kriminalität und kassieren ohne Arbeiten ist, darf man leider nicht sagen.*

Zum Glück verbietet die Kultur es nicht, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen...

(Spürnase: Armin R.)





Griechenlandhilfe – Wilders droht mit Neuwahlen



Der niederländische Islamkritiker Geert Wilders spricht offen aus, was viele seiner Landsleute denken: [„Keinen Cent mehr für Griechenland“](#). Wilders drohte am Montag der Koalition die Auflösung des Kabinetts an, falls die Niederlande die Zahlungen an Griechenland fortsetzen würde. Für diesen Fall würde er erneut Neuwahlen erzwingen, mit der Möglichkeit, mit seiner „Partei für die Freiheit“ stärkste Kraft zu werden.



Wahlwerbespot der Plataforma per Catalunya

(Die Partei von Josep Angladas errang bei der [Kommunalwahl](#) in Katalonien [67 Sitze gegenüber 17](#) vor vier Jahren / Spürnase: Sefi)

Fall Mannichl ad acta gelegt

☒ Selten hat sich in den gleichgeschalteten Medien so ein Taifun erhoben als wie im Fall Mannichl vor über zwei Jahren. Der Passauer Polizeichef hatte behauptet, er sei von einem Rechtsradikalen an der Haustür fast erstochen worden. Das versetzte die bajuwarische Politik und die Bundes-Medien in eine hunderttausend Volt Hochspannung. Endlich war bewiesen, daß ein Naziputsch unmittelbar bevorstand.

Die Drähte liefen heiß. Wenn dagegen linke Verbrecher eine Polizeistation von außen verbarrikadieren und anzünden, um die Beamten drin zu ermorden, steht das in der Journaille auf Seite 10 unter Schwachstrom! Sei dem, wie es wolle, Spuren fand man in Passau jedenfalls keine. Die Staatsanwaltschaft sagt heute, es gebe „keine vernünftigen Anhaltspunkte für solch einen Verdacht“, und [legt den dubiosen Fall zu den Akten](#). Wer bei uns gerade tatsächlich die Macht übernimmt, haben wahrscheinlich die meisten in diesem Blog schon gemerkt.

Wie man AKWs „rechtlich sauber“ kaputtmacht

☒ Deutschland wird von „Neoliberalen“ beherrscht. Es ist ein kapitalistisches Land und nicht nur das, es ist sogar frühkapitalistisch. Ungebremst herrscht der alles vernichtende inhumane Markt mit seinem unseligen Profitstreben und seinem Run nach Renditen. Da ist es doch gut, daß wir Staatssekretäre haben wie **Walther Otremba**. Er diente einer Unzahl von Ministern schon seit vor Lafontaine (SPD, heute SED), zum Beispiel Waigel (CSU). Seine letzte Arbeitsstelle war bei Doktor Guttenberg (CSU), seine nächste dürfte bei Mutti (CDU) sein, denn momentan ist Otremba arbeitslos und hat sich in seiner vielen Freizeit damit beschäftigt, wie man Kernkraftwerke „rechtlich sauber ins Aus“ befördert und die Energiefirmen „quasi enteignet“. Und das geht so:

Kernbrennstoffsteuer in einem Mehrjahresprogramm dynamisch erhöhen! Besteuerung der mit Atomkraft produzierten oder importierten Strommengen! Atomausstiegssteuer in den Abgabepreis! Zeitlich ansteigende und gegenüber der heute bestehenden Haftpflichtversicherung in den Prämien deutlich erhöhte, staatliche Zwangsversicherung für Reaktorunfälle.

Solche Typen sitzen also in der angeblich kapitalistischen BRD in CDU/FDP-geführten Ministerien! Daß alle diese Marterinstrumente der Stromkunde zahlen müßte, [sagt dieser Pol-Pot-Ökonom](#) nicht! Aber vielleicht braucht die ehemalige FDJ-Führerin Angela Otrembas gute Ratschläge gar nicht mehr und kann sich ruhig zurücklehnen, denn die linksgrünen Verbrecher, die gestern die Berliner S-Bahn angezündet haben, [ließen folgendes Basta verlauten](#):

„Unsere Aktion ist ein Haltesignal. Über den sofortigen Ausstieg aus der Atomtechnologie gibt es nichts mehr zu

verhandeln. Wir spielen nicht mehr mit.“

Warum ist da noch keiner draufgekommen? Einfach alle Stromverbraucher abfackeln oder wegbomben, dann brauchen wir nicht mal mehr Windräder.